





Article in the German weekly "Der Spiegel" on a court ruling on Schlegelberger's pension

- DEUTSCHLAND

BEAMTE

SCHLEGELBERGER

Sein Kampf

Der 86jährige Professor Dr. Dr. h. c. Franz Schlegelberger, einst als amtierender Justizminister ranghöchster Jurist Hitlers, hat seinen Kampf ums Altenteil noch nicht aufgegeben: Vom 28. bis zum 30. November ist wieder Termin, diesmal vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg.

Gegner des streitbaren Greises ist die schleswig-holsteinische Landesregierung, die dem einstigen Staatssekretär keine Pension zahlen will. Begründung: Durch sein Verhalten während der Nazizeit habe Schlegelberger "gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen".

Beispielsweise hatte Schlegelberger, so machte Schleswig-Holsteins Finanzminister, Dr. Carl-Anton Schaefer, geltend.

- den 74jährigen Juden Markus Luftglass, der wegen Eierhamsterns zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, "der geheimen Staatspolizei zur Exekution überstellt";
- auf die Rechtsprechung Einfluß genommen, indem er Hitler am 10. März 1941 schrieb, "es wäre von unschätzbarem Wert", wenn der Führer ihn benachrichtigen könne, "falls ein Urteil Ihre Zustimmung nicht findet";
- > gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, als er die Reichsministerien aufforderte, "im Einzelfall die Rückwirkung der Vorschriften gegen Landesverrat anzuordnen, um ... zu der gebotenen schweren Bestrafung (mit dem Tode) zu gelangen".

Am 3. September 1959 hatte Finanzminister Schaefer dem Professor und Staatssekretär außer Diensten die Ruhestandsbezüge gestrichen; am 8. November des folgenden Jahres wurde der Minister, nach einer Klage des Schlegelberger, vom Verwaltungsgericht zu Schleswig verurteilt, seinen Beschluß rückgängig zu machen.

Vor Gericht hatte Schlegelberger, den ein Nürnberger Gericht für Kriegsverbrechen 1947 wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu lebenslänglicher Haft verurteilte, sogar den Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels als Leumund zitiert.

In dessen Tagebüchern finde sich, erklärte Schlegelberger seinen Richtern, unter dem Datum des 19. März 1942 die Notiz: "Die bürgerlichen Elemente sind (im Reichsjustizministerium) ... dominierend, und da der Himmel weit und der Führer weit ist, ist es außerordentlich schwer, sich gegen diese zähe und verdrossen arbeitende Behörde durchzusetzen."

Goebbels forderte seinerzeit Abhilfe und erhielt sie. Nachfolger des verstorbenen Reichsjustizministers Gürtner wurde der Präsident des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes, Thierack. Schlegelberger, der seit dem Tode Gürtners als Staatssckretär die Geschätte des Ministeriums geführt hatte, zog sich, 66jährig, auf sein Altenteil zurück.

GERMANY OFFICIALS SCHLEGELBERGER

His Struggle

The 86-year-old Professor Dr Dr h. c. Franz Schlegelberger, who once served as acting Justice Minister and thus as Hitler's highest ranked lawyer, has still not given up his struggle for a pension: the latest hearing will take place between 28 and 30 November, this time at the Higher Administrative Court in Lüneburg.

The disputatious old man's opponent is the state government of Schleswig-Holstein, which is unwilling to pay the former State Secretary a pension on the grounds that Schlegelberger's actions during the Nazi era were "in breach of the fundamental principles of the rule of law".

Schleswig-Holstein's Finance Minister Dr Carl-Anton Schaefer alleged that Schlegelberger had, for example:

- → committed the 74-year-old Jew Markus Luftglass, who had been sentenced to 30 months' imprisonment for hoarding eggs, "to the Gestapo for execution";
- → impinged on the dispensation of justice by writing to Hitler on 10 March 1941 that "it would be invaluable" if the Führer could inform him "should a judgement not meet with his approval";
- → acted in breach of the fundamental principles of the rule of law by inviting Reich Ministries "to apply the prescriptions against treason retrospectively on a case by case basis to enable...

the necessary severe penalty (the death sentence) to be carried out."

On 3 September 1959, Finance Minister Schaefer had struck off the Professor and former State Secretary's retirement income; on 8 November of the following year, following a complaint from Schlegelberger, the minister was ordered by the Schleswig Administrative Court to revoke his order.

In Schlegelberger, court, sentenced in 1947 to life imprisonment for crimes" against humanity" by Nuremburg court, even cited Reich Propaganda Minster Dr Joseph Goebbels as a character witness.

Schlegelberger declared to his judges that Goebbels' diary entry for 19 March 1942 includes the note that: "The bourgeois element dominates (the Reich Justice Ministry)... and because heaven and the Führer are very far away, it is extraordinarily difficult to prevail against these tough and sullenly working officials."

At that time, Goebbels asked for relief, and was given it. The deceased Reich Justice Minister Gürtner was succeeded by the President of the National Socialist People's Court, Thierack. Schlegelberger, who as State Secretary had been running Ministry business since Gürtner's death, retired at the age of 66.



Source: http://learning-from-history.de/Online-Lernen/Online-Module/all











Ex-Staatssekretär Schlegelberger Ein Goebbels-Persilschein...

Angesichts des Goebbels-Urteils, das sie als Persil-Schein für den greisen Kläger werteten, mochten die Schleswiger Verwaltungsrichter den Franz Schlegelberger nicht abweisen. Zwar, so befanden sie, habe Schlegelberger "Pflichtwidrigkeiten" begangen. Aber: "Die Besonderheit seines Verhaltens besteht ... darin, daß er in einem Konflikt pflichtwidrig in der Absicht han-



Kieler Finanzminister Schaefer
. . . sicherte die halbe Pension

[Photo]
Ex-State Secretary
Schlegelberger
A denazification certificate
from Goebbels ...

Given this judgement of Goebbels', which thev considered equivalent to a denazification certificate for plaintiff, the elderly Schleswig's administrative judges were unwilling to turn Franz Schlegelberger Admittedly, down. considered, Schlegelberger had committed "violations duty." But: "The of peculiarity of his behaviour is... that in a conflict he acted against his duty with the intention of preventing worse injustice."

[Photo]
Kiel Finance Minister
Schaefer
... secures half his pension



Source: http://learning-from-history.de/Online-Lernen/Online-Module/all









CHLAND-

delte, schlimmeres Unrecht zu verhüten."
Dieser von allen angeklagten Nazi-Größen strapazierten Schutzbehauptung hängten die Verwaltungsrichter noch den Nachsatz an: "Dem . . . Kläger hat das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit gefehlt."

Überdies sprachen die Richter in Schleswig den Schlegelberger auch von der Anklage des Nürnberger Gerichtes frei: Hätte dieses Gericht damals das Goebbels-Diarium gekannt, "wäre es nicht zu der Verurteilung (Schlegelbergers wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit) gekommen".

Ergebnis des Rechtsstreits in Schleswig: Das Land wurde angewiesen, dem von nahezu jeder Schuld gesäuberten Schlegelberger die gestrichene Pension nachzuzahlen, zuzüglich vier Prozent Zinsen. Zudem seien für den einstigen Staatssekretär Hitlers aus der Staatskasse fortan monatlich 2894,08 Mark als Pension bereitzustellen.

Finanzherr Schaefer legte Berufung ein. Zur Begründung verwies der Minister auf ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes, nach dem Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Entscheidung "durch Nachdenken oder Erkundigung zu beseitigen" seien.

"Hierzu", so hatten die Bundesrichter philosophiert, "bedarf es der Anspannung des Gewissens; ihr Maß richtet sich nach den Umständen des Falles und nach dem Lebens- und Berufskreis des Einzelnen."

Weiter: "Mit Gewissensanspannung... ist gemeint, daß der Täter verpflichtet sei, alle seine Erkenntniskräte und alle seine sittlichen Wertvorstellungen einzusetzen, wenn es gilt, sich über die Rechtmäßigkeit eines bestimmten Verhaltens ein Urteil zu bilden."

Diesen höchstrichterlichen Beschluß im Rücken, stellte das Kieler Finanz-ministerium die Zahlungen an Schlegelberger mit dem 31. Dezember 1960 abermals ein. Indes, der juristisch versierte Ex-Staatssekretär dachte nicht daran, die Entscheidung des Kieler Ministeriums widerspruchslos hinzunehmen. Schlegelberger klagte wieder — und wieder mit Erfolg.

Am 27. März 1961 entschied das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg in einem Teilurteil: Der Kläger Schlegelberger habe auch weiterhin, bis zum endgültigen Urteil des Gerichts, Anspruch auf 50 Prozent seiner Ruhestandsbezüge als Staatssekretär.

Während der für die kommende Woche anberaumten Verhandlung vor der abschließenden Entscheidung des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts will der Bonner Rechtsanwalt Dr. Konrad Redeker, den die Landesregierung Schleswig-Holsteins mit der Wahrnehnung ihrer Interessen betraut hat, nun weiteres, zum Teil erstmals vom SPIE-GEL veröffentlichtes Material gegen Schlegelberger präsentieren (SPIEGEL 12/1961).

In Redekers Dossiers findet sich beispielsweise eine von Schlegelberger an seinen Führer adressierte Mitteilung vom 27. April 1943, der zufolge er gegen eine Jüdin wegen Betrugs ermittle. Die Nichtarierin hatte ihre Muttermilch einer arischen Kinderärztin verkauft.

Dieser Verkauf, so argumentierte der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums damals, sei rechtlich als Betrug zu würdigen, denn "Muttermilch einer To this well-worn self-justification, made by all indicted Nazi grandees, the administrative judges added the appendix that: "the... plaintiff had... not been aware that he had failed in his duty."

Moreover, the Schleswig judges also absolved Schlegelberger of the indictment of the Nuremburg Court: If that court had then known of Goebbels' diary, "it would not have reached the judgement (that Schlegelberger had committed crimes against humanity)".

The outcome of the legal dispute in Schleswig: the state was ordered to repay Schlegelberger, cleansed of nearly all guilt, his cancelled pension plus four per cent interest. In addition, Hitler's former State Secretary was to be paid a pension of DM 2,894.08 per month from state funds from now on.

Finance Minister Schaefer appealed on the grounds that a judgement made by the Federal Court of Justice had established the principle that doubts about the legitimacy of a decision were to be "resolved through thought or enquiry".

"To that end," the Federal Judges had philosophised, "it is necessary to exert the conscience; in a degree determined by the circumstances of the case and the sphere of life and professional circles in which the individual moved."

Furthermore: "By exerting the conscience... we mean that the perpetrator is obliged to make use of all his powers of cognition and all his ethical and moral values when it comes to forming a judgement on the lawfulness of a

certain behaviour."

With this high court decision at its back, the Finance Ministry in Kiel once more suspended payments to Schlegelberger as of 31 December 1960. However, the ex-State Secretary was too well versed in law to contemplate accepting the decision of the Ministry in Kiel unchallenged. Schlegelberger complained again — and again he was successful.

On 27 March 1961, the Higher Administrative Court in Lüneburg ruled in a partial judgement that the plaintiff Schlegelberger would continue to have the right to half of his retirement income as State Secretary until the court had made a final judgement.

In the course of the trial scheduled for the coming week, ahead of a final decision by the Higher Administrative Court in Lüneburg, the Bonn lawyer Dr Konrad Redeker, appointed by the state government of Schleswig-Holstein to represent its interests, is now seeking to present further material against Schlegelberger, some of which was first published by the SPIEGEL (SPIEGEL, 12/1961).

Redeker's dossier includes, for example, a message from Schlegelberger of 27 April 1943, addressed to his Führer, according to which, he was investigating a Jewish woman for fraud. The non-Aryan had sold her breast milk to an Aryan paediatrician.

This sale, argued the then State Secretary of the Justice Ministry, could legally be considered fraud because "breast milk from a Jew (could) not be considered food for German children."



Source: http://learning-from-history.de/Online-Lernen/Online-Module/all









- DEUTSCHLAND -

Jüdin (könne) nicht als Nahrung für deutsche Kinder gelten".

Überdies hält Redeker jenen Diskurs parat, mit dem der heute pensionsheischende ehemalige Staatssekretär 1941 die in Berlin versammelten Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten aus Hitlers Gauen auf die Euthanasie-Maßnahmen des Dritten Reiches vorbereitete.

Anzeigen aus der möglicherweise empörten Bevölkerung, schlug Schlegelberger damals vor, möge man ihm unbearbeitet zugehen lassen. Die Anzeigen blieben nicht nur unbearbeitet, sie blieben auch unbeantwortet. Der amtierende Justizminister heftete sie schlicht ab.

Was von der Sentenz der Schleswiger Richter, Schlegelberger habe nur Schlimmeres verhüten wollen, zu halten ist, will Redeker überdies mit dem Wortlaut einer Rede beweisen, die Staatssekretär Professor Dr. Schlegelberger bei der gleichen Gelegenheit hielt: "Dafür zu sorgen, daß alle Beamte des Reichsjustizministeriums sich in... den nationalsozialistischen Staat einordnen, ist meine vordringliche Aufgabe."

Redeker zweifelt daran, daß die Lüneburger Oberverwaltungsrichter dem Kläger Schlegelberger nach der Lektüre dieser Dokumente bestätigen werden, ihm habe das Unrechtsbewußtsein gefehlt. Redeker is also prepared to use the 1941 speech in which the former State Secretary, now seeking his pension, prepared the attorneys general and presidents of regional appeal courts in Hitler's Gaus for the Third Reich's euthanasia measures.

Complaints from a possibly outraged population, Schlegelberger suggested, could be sent on to him unprocessed. The complaints did not remain only unprocessed, they went unanswered. The acting Justice Minister just filed them.

Redeker will also quote a speech made by Professor Dr Schlegelberger on the same occasion to demonstrate what we should make of the Schleswig judges' maxim that Schlegelberger had wanted to prevent worse injustice: "My most urgent priority is to ensure that all officials within the Reich Justice Ministry... align themselves with the National Socialist state."

Redeker doubts that after reading this document the Higher Administrative Court in Lüneburg will agree that the plaintiff Schlegelberger was unaware of his wrongdoing.

Source: Der Spiegel, 47/1962, 22 November 1962.



Source: http://learning-from-history.de/Online-Lernen/Online-Module/all

